

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat der SP-Fraktion: Massnahmen gegen die Krise 1; Realwirtschaft stärken - neue Technologien fördern; Programm für einen starken Kanton Basellandschaft**

Autor/in: [Daniel Münger](#), SP

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 10. Dezember 2008

Bemerkungen: Als dringlich eingereicht
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Die Finanzkrise hat gezeigt, wie verletzlich und labil ein wild wuchernder, unkontrollierter Kapitalismus ist. Finanzinstitute, Banker und Hedge Fund Manager haben in den letzten Jahren sagenhafte Profite, Boni und Spitzenlöhne eingefahren, gleichzeitig eine ganze Branche an den Rand des Ruins gebracht und die Weltwirtschaft in eine Rezession geritten. Nun braucht es den Staat, um die Grossbanken vor dem Zusammenbruch zu retten. In der Schweiz hat die öffentliche Hand in den letzten Jahren Milliarden auf Kosten der Arbeitslosen, Invaliden und Rentner gespart, um den Reichen Steuergeschenke machen zu können. Nötige Investitionen in die Infrastruktur wurden aufgeschoben, um die Staatsquote tief zu halten, dem privaten Sektor den nötigen "Freiraum" zu verschaffen und im so genannten Steuerwettbewerb zu bestehen. Jetzt muss die UBS vom Staat mit 68 Milliarden saniert werden und dies wird praktisch von allen Seiten abgenickt.

Die weltweite Rezession wird sich in der Schweiz vor allem auf die Finanzwirtschaft und auf die exportorientierte Betriebe und die damit eng verbundenen Branchen auswirken. Sie wird unweigerlich auch unsere Region treffen und neben Verlusten an Arbeitsplätzen und bei der regionalen Kaufkraft auch Einbussen bei den Steuereinnahmen von Kanton und Gemeinden zur Folge haben.

Die Wirtschaft der Nordwestschweiz ist stark von der chemisch-pharmazeutischen Industrie und der Logistikbranche geprägt. Daneben verfügt die Region Nordwestschweiz über einen starken gewerblichen Sektor, wichtige Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie einen Service Public, der die Sparrunden der letzten Jahre einigermaßen intakt überstanden hat. Ausserdem hat die Region Nordwestschweiz eine gewisse Tradition in der Förderung alternativer Technologien und eine dafür sensible Bevölkerung.

Jetzt muss diese Realwirtschaft gestärkt werden. Mit der Förderung einer diversifizierten Binnenwirtschaft soll auch das Klumpenrisiko des dominanten exportorientierten Sektors vermindert werden. Die Krise, die verbunden ist mit einer Energiekrise, kann auch eine Chance sein, in der Region die Entwicklung und Produktion alternativer Energien zu fördern und die Region unabhängiger zu machen von fossilen Brennstoffen.

Zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Beschäftigung, sowie zur Ankurbelung der Binnenwirtschaft werden folgende Massnahmen verlangt:

1. Konjunkturbedingt ist es notwendig, nicht nur das angestrebte Investitionsvolumen zu halten, sondern dies gar zu erhöhen. D.h., dass an den vorgesehenen Investitionen auch angesichts evtl. geringerer Einnahmen durch die Finanzkrise festzuhalten ist. Darüber hinaus werden Infrastrukturvorhaben der Jahre 2010, 2011 und 2012 bewusst vorgezogen werden, um die Beschäftigung zu sichern. Hier steht im Vordergrund, der öffentliche Verkehr, der Langsam-

verkehr, Sanierungs- und Erneuerungsvorhaben an kantonalen Gebäuden, sowie Infrastrukturverbesserungen im Bildungs- und Gesundheitssektor. Energiesparende Investitionen an kantonalen Gebäuden sowie Investitionen in CO₂-neutrale Technologien der Energie- und Wasserversorgung. Sämtliche Energievorlagen die im Landrat eingereicht werden oder bereits eingereicht sind, werden prioritär behandelt. Die Sanierung von Deponien mit Altlasten aus Gewerbe und chemischer Industrie. Für alle neu zu errichtenden öffentlichen Gebäude gilt zudem ab 1.1.2009 mindestens Minergie-Plus-Standard.

2. Zur Förderung der Beschäftigung in Industrie und Gewerbe sowie zur Reduktion des CO₂ bzw. zur Erreichung der Klimaziele errichtet der Kanton Basellandschaft einen Sonderfonds in der Höhe von mindestens 100 Millionen Franken. Daraus werden finanziert:
 - Ausrichtung eines Investitionsbonus für Gemeinden und öffentlich-rechtliche Körperschaften bzw. Betrieben, die mehrheitlich der öffentlichen Hand gehören. Dieser soll 20% der Investitionssumme betragen und für die Sanierung von Gebäuden und Infrastruktureinrichtungen bereitgestellt werden. Dazu gehören insbesondere alle Investitionen, welche den Energiehaushalt von Gebäuden und in der Infrastruktur verbessern.
 - Für die energietechnische Sanierung an privaten Gebäuden sowie Investitionen in Technologien, welche fossile Brennstoffe einsparen oder ersetzen, spricht der Kanton Beiträge von 20%-40% aus.
 - Sämtliche privaten Neubauten mit mindestens Minergie Plus-Standard werden steuerlich begünstigt